K1-015 Wahlprogramm Kapitel 1: Berlin gemeinsam machen

Antragsteller*in: Rainer Wittek (Momo)

Änderungsantrag zu K1

Nach Zeile 15 einfügen:
Wir wollen mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung und setzen uns für die Entwicklung einer Partizipationskultur ein. Wir wollen die Bürgerbeteiligung als dauerhafte Einrichtung institutionalisieren und den Mehr-Generationen-Dialog verstetigen. Dafür wollen wir Zukunftsräte auf Landes- und Bezirksebene etablieren, die für wichtige Zukunftsfragen Lösungsvorschläge erarbeitet, mit denen sich Legislative und Exekutive zeitnah befassen und Feedback geben müssen.

Den Zukunftsräten sollen nach bestimmten Auswahlkriterien zufällig ausgewählte Personen angehören, welche die lokale Bevölkerung abbilden, wie z.B. Geschlechterparität und Bildungsabschlüsse und vor allem ihre Generationenmischung spiegeln.

Bei den Haushaltsberatungen setzen wir uns für eine Etatposition sein, mit der die Entwicklung, Einrichtung, Betreuung und eine maßvollen Aufwandsentschädigung der Zukunftsräte gesichert wird.

Wir werden die Geschäftsordnung dahingehend verändern, dass die Wahl von Bürgerdeputierte durch die Bezirksverordnetenversammlung entfällt und durch ein parteiunabhängige Ernennung von Zukunftsräten ersetzt wird.

Begründung

Die Bezeichnung "Bürgerdeputierte" soll suggerieren, das dies unabhängige Bürger aus der Zivilgellschaft sind. Dies ist ein Etikettenschwindel, da sie i.d.R. Parteimitglieder sind, die der politischen Linie der Fraktionen verpflichtet sind. Im Gegensatz dazu verkörperen Mitglieder eines Zukunftsrates die reale Vielfalt der Gesellschaft mit einem parteiunabhängigen, pluralen öffentlichen Meinungsbild. Die Mehr-Generationen-Zukunftsräte sollen dazu beitragen, die zunehmende Entfremdung zwischen Bürgern und ihren Repräsentanten zu stoppen und das, für die Politik verpflichtend, Zukunftsaufgaben in aktuelle politische Debatten und Entscheidungen Eingang finden.